



## BERECHTIGUNGSVERTRAG

zwischen dem

Sender: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

vertreten durch: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Steuer-Nummer/USt. ID: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

- nachfolgend „*Berechtigter*“ genannt -

und der

VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH  
Franz-Joseph-Straße 18, 80801 München

Tel. 089 260105-900 / E-Mail ausschuetungen@vff.org

- nachfolgend „*VFF*“ genannt -

1. Der Berechtigte überträgt hiermit der VFF als Treuhänderin für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die ihm gegenwärtig zustehenden und während der Vertragsdauer noch zufallenden Rechte an den von ihm hergestellten Filmen und Laufbildern gem. §§ 94 und 95 UrhG einschließlich eventueller Synchronisationsrechte gem. § 85 UrhG sowie die Rechte an den von ihm ausgestrahlten Funksendungen gem. § 87 Abs. 1 Ziff. 2 UrhG zur Wahrnehmung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.
2. Der Berechtigte überträgt folgende Rechte zur Wahrnehmung an die VFF:
  - a) Vergütungsansprüche gegen die Hersteller, Importeure und Händler von Geräten und Speichermedien die ihrem Typ nach allein oder in Verbindung mit anderen Geräten, Speichermedien oder Zubehör zur Vornahme von Vervielfältigungen durch Aufnahmen von Sendungen auf einen Bild- oder Tonträger oder durch Übertragung von einem Bild- oder Tonträger auf einen anderen geeignet sind (§ 54 UrhG).
  - b) Das Recht zur Übertragung von Filmen und Laufbildern auf Bild- oder Tonträger und zur öffentlichen Wiedergabe mittels Bild- oder Tonträger durch Geschäftsbetriebe gem. § 56 UrhG auch soweit die so hergestellten Bild- und Tonträger nicht unverzüglich gelöscht werden (§§ 94 Abs. 1 und 95 UrhG).
  - c) Das Recht zur Übertragung von Funksendungen auf Bild- oder Tonträger und zur öffentlichen Wiedergabe mittels Bild- oder Tonträger durch Geschäftsbetriebe gem. § 56 UrhG, auch soweit die so hergestellten Bild- und Tonträger nicht unverzüglich gelöscht werden (§ 87 Abs. I Ziff. 2 UrhG).
  - d) Das Recht der Aufzeichnung und Wiedergabe von Funksendungen für die Nutzung nichtgewerblicher Art durch Bundes- oder Landesbehörden einschließlich nachgeordneter Behörden und Institutionen im Bereich deren öffentlichen Auftrages.
  - e) Das Recht und den Vergütungsanspruch der Weitersendung gem. §§ 87, 20 b UrhG. Dies gilt auch für abgeleitete Rechte, soweit sie der Wahrnehmungsberechtigte inne hat.
  - f) Das Recht, einzelne Vervielfältigungsstücke ereignisbezogener, berichterstattender und dokumentierender Fernsehsendungen durch Aufnahmen auf Bild- und Tonträger zu nichtgewerblichen Bildungszwecken herzustellen und in eigenen Unterrichtsveranstaltungen von Weiterbildungseinrichtungen wiederzugeben.
  - g) Den Vergütungsanspruch für das Verleihen von Bild- und Tonträgern gem. §§ 94 Abs. 4 i.V.m. § 27 Abs. 2 UrhG.
  - h) Das Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung nicht Erwerbszwecken dienender Vervielfältigungen eines Werkes für und deren Verbreitung ausschließlich an Menschen, soweit diesen der Zugang zu dem Werk in einer bereits verfügbaren Art der sinnlichen Wahrnehmung aufgrund einer Behinderung nicht möglich oder erheblich erschwert ist, soweit es zur Ermöglichung des Zugangs erforderlich ist (§ 45 a UrhG).
  - i) Die Vergütungsansprüche gemäß § 60 h UrhG für Nutzungen nach Maßgabe des Unterabschnitts 4 – gesetzlich erlaubte Nutzung für Unterricht, Wissenschaft und Institutionen – der §§ 60 a bis 60 g UrhG, soweit die Nutzungen nicht vergütungsfrei sind. Diese Ansprüche nimmt die VFF über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hinaus auch dort wahr, wo

die VFF Inkassovereinbarungen mit nationalen oder internationalen Verwertungsgesellschaften abgeschlossen hat.

- j) Der Vergütungsanspruch für die Vervielfältigung und Verbreitung einzelner Rundfunkkommentare sowie die öffentliche Wiedergabe solcher Kommentare, wenn sie politische, wirtschaftliche oder religiöse Tagesfragen betreffen, gem. § 49 Abs. 1 UrhG, sofern der Berechtigte nicht widerspricht.
  - k) Den Vergütungsanspruch gemäß § 5 Abs. 2 i.V.m. § 21 UrhDaG.
  - l) Den Vergütungsanspruch gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. § 21 UrhDaG.
  - m) Das Recht und den Vergütungsanspruch für die Direkteinspeisung gemäß § 20 d UrhG.
3. Der Berechtigte kann die Rechtewahrnehmung gemäß den Ziffern 1 und 2 auf einzelne der genannten Rechte und Ansprüche beschränken. Folgende Rechte und Ansprüche sollen von der Rechtewahrnehmung ausgenommen sein:

Recht/Anspruch gemäß Ziffer 2 lit. \_\_\_\_

Recht/Anspruch gemäß Ziffer 2 lit. \_\_\_\_

- 4. Die VFF ist berechtigt, die ihr vom Berechtigten übertragenen Rechte im eigenen Namen auszuüben, sie auszuwerten und die zu zahlende Gegenleistung in Empfang zu nehmen und den Empfang rechtsverbindlich zu quittieren, die ihr übertragenen Rechte an Dritte ganz oder zum Teil weiterzuübertragen oder deren Nutzung zu untersagen, unerlaubte Handlungen zu verfolgen und die ihr zustehenden Rechte auch gerichtlich in jeder der VFF zweckmäßig erscheinenden Weise im eigenen Namen geltend zu machen.
- 5. Der Berechtigte verpflichtet sich, auf Anforderung der VFF, dieser eine Liste sämtlicher von ihm hergestellten Filme, deren Rechte er im Rahmen von Ziff. 1 in die VFF eingebracht hat, zu übersenden.
- 6. Die Ausschüttungen erfolgen per Überweisung auf ein vom Berechtigten anzugebendes Konto. Der Berechtigte ist verpflichtet, seine Kontoverbindung der VFF mitzuteilen. Änderungen seiner Bankverbindung sind unverzüglich anzugeben. Sofern der Berechtigte Änderungen nicht oder nicht rechtzeitig vor einer Ausschüttung mitteilt, erfolgt die Ausschüttung an die bisherige Kontoverbindung. Im Falle der Nichtangabe von Kontoverbindungen erfolgt keine Ausschüttung. Die VFF übernimmt keine Haftung für Ausschüttungen bei fehlerhaften und/oder veralteten Kontodaten.
- 7. Die bei Abschluss dieses Vertrages geltenden Fassungen der Verteilungspläne der VFF sowie der Richtlinien der VFF zur sozialen und kulturellen Förderung sind Bestandteil dieses Vertrages.

Die Verteilungspläne und die Richtlinien zur sozialen und kulturellen Förderung können nach Maßgabe der Satzung der VFF durch Beschluss der zuständigen Organe geändert werden. Werden solche Änderungen beschlossen, so werden sie Bestandteil des Vertragsverhältnisses mit dem Berechtigten, ohne dass es einer Zustimmung des Berechtigten bedarf.

8. Der Berechtigungsvertrag kann nach Maßgabe der Satzung der VFF durch Beschluss der zuständigen Organe geändert werden. Werden solche Änderungen beschlossen, so erfolgt ihre Einbeziehung in das Vertragsverhältnis mit dem Berechtigten nach Maßgabe des folgenden Absatzes.

Alle Änderungen des Berechtigungsvertrages sind dem Berechtigten mitzuteilen. Die Mitteilung erfolgt in elektronischer Form an die vom Berechtigten mitgeteilte Emailadresse. Sofern eine Mitteilung in elektronischer Form nicht möglich ist, erfolgt eine Mitteilung per Post. Die Zustimmung des Berechtigten zur mitgeteilten Änderung gilt als erteilt, wenn der Berechtigte der Änderung nicht binnen 2 Monaten seit Absendung der Mitteilung ausdrücklich widerspricht; auf diese Bedeutung eines unterbliebenen Widerspruchs ist der Berechtigte in der Mitteilung besonders hinzuweisen.

9. Dieser Berechtigungsvertrag kann von beiden Seiten mit einer Frist von sechs Monaten jeweils zum Jahresende gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Eine Änderung oder Ergänzung der Verteilungspläne oder des Berechtigungsvertrages berechtigt den Berechtigten zur außerordentlichen Kündigung dieses Berechtigungsvertrages zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung oder Ergänzung. Eine solche Kündigung ist spätestens einen Monat nach Empfang der Mitteilung über die Änderung oder Ergänzung vom Berechtigten mittels eingeschriebenen Briefes auszusprechen. Die Ansprüche des Berechtigten gegen die VFF aus diesem Berechtigungsvertrag verjähren nach Ablauf von drei Jahren; für die Berechnung der Verjährungsfrist gelten die Bestimmungen des BGB. Mit der Beendigung des Vertrages fallen die Rechte ohne besondere Übertragung an den Berechtigten zurück. Soweit die von der VFF abgeschlossenen oder veränderten Verträge mit den Verwertern den Zeitpunkt der Beendigung dieses Berechtigungsvertrages überschreiben, verlängert sich dieser hinsichtlich der betreffenden Rechtsübertragung entsprechend.
10. Abtretungen der Auszahlungsansprüche an Dritte für einzelne Filmwerke sowie die Abtretung aller Ansprüche an Dritte ist nur nach vorangegangener Meldung und Zustimmung durch die VFF zulässig
11. Der Berechtigte willigt ein, dass seine Angaben elektronisch gespeichert, verarbeitet und weitergegeben werden, jedoch nur im Rahmen der Zweckbestimmung dieses Vertragsverhältnisses. Diese Einwilligung umfasst auch eine Verarbeitung und Nutzung der Angaben im Rahmen von Verpflichtungen, denen die VFF nach dem Verwertungsgesetzengesetz (VGG) unterliegt.
12. Der Berechtigte ist damit einverstanden, dass die Kommunikation mit ihm auf elektronischem Weg über die von ihm angegebene E-Mailadresse geführt wird. Der Berechtigte verpflichtet sich, jede Änderung der Daten für die elektronische Kommunikation der VFF anzugeben.
13. Soweit zwischen den vertragsschließenden Parteien bereits ein Berechtigungsvertrag bestanden hat, tritt der vorliegende Vertrag an dessen Stelle.
14. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.
15. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist der Sitz der VFF.

München, \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_

---

VFF Verwertungsgesellschaft der Film-  
und Fernsehproduzenten mbH

---

Berechtigter

Hiermit bestätige ich, dass ich die folgenden Unterlagen erhalten und zur Kenntnis genommen habe:

- Ausfertigung dieses Berechtigungsvertrages, zu unterzeichnen von beiden Parteien
- Verteilungspläne der VFF
- Richtlinien zur sozialen und kulturellen Förderung

Ich nehme ferner zur Kenntnis, dass die folgenden Unterlagen auf der Internetseite der VFF zum Abruf bereitgestellt sind:

- Satzung der VFF
- Information der Betroffenen gemäß Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung

---

Berechtigter